

Motion über mehr Chancengerechtigkeit und solide Sprachgrundlagen dank zwei obligatorischen Kindergartenjahren für Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen

eröffnet am 13. September 2011

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen zum zweijährigen Kindergarten verpflichtet werden können. Ziel ist es, einerseits die Chancengerechtigkeit zwischen fremdsprachigen und einheimischen Kindern zu erhöhen und andererseits zu gewährleisten, dass die Deutschkenntnisse aller Kinder bei Schuleintritt genügend sind.

Begründung:

Studien zeigen, dass mangelnde Kenntnisse der Landessprache eine der Hauptgründe für die unterdurchschnittlichen Schulerfolge ausländischer Kinder sind. So ist der Anteil ausländischer Kinder in Sonderschulen und Realschulen doppelt so hoch wie jener Schweizer Kinder (Bericht EJPD «Problem der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz», Juli 2006). Diese Zahlen zeigen: Die Chancengerechtigkeit ist nicht erfüllt. Viele ausländische Kinder sind benachteiligt, weil sie häufig erst spät mit der deutschen Sprache in Kontakt kommen.

Diesen unterschiedlichen Startchancen muss entgegengetreten werden. Ein probates Mittel dazu bietet der zweijährige Kindergarten. Mit dem Ja zum Volksschulbildungsgesetz im Frühling dieses Jahres wird jede Gemeinde verpflichtet, einen zweijährigen Kindergarten zu führen. Das Angebot besteht also bald flächendeckend im ganzen Kanton Luzern. Für Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen soll dieser zweijährige Kindergarten obligatorisch werden. Sie sollen so früh wie möglich in Kontakt mit der deutschen Sprache kommen, sodass sie bei Schuleintritt nicht mehr benachteiligt sind.

Dies wiederum wirkt sich auf das Sprachniveau der ganzen Klasse aus. Untersuchungen zeigen nämlich auch, dass ein hoher Anteil von Schulkindern mit ungenügenden Sprachkenntnissen das Leistungsniveau einer Klasse beeinträchtigen kann. Dem soll Abhilfe geschaffen werden. Es soll gewährleistet werden, dass in der Primarschule Deutsch als Mutter- und nicht als Fremdsprache unterrichtet werden kann.

Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Gleichzeitig ist unbestritten, dass die ersten Lebensjahre von überragender Bedeutung für die Entwicklung jedes Menschen sind. Deshalb wird eine möglichst frühe Sprachförderung von Kindern mit mangelnder Deutschkompetenz verlangt. Wir bitten die Regierung, diese Forderung möglichst rasch umzusetzen.

Gmür-Schönenberger Andrea

Gehrig Markus

Schmassmann Norbert

Schönberger-Schleicher Esther

Lütolf Jakob

Knüsel Kronenberg Marie-Theres

Zosso Peter

Roth Stefan

Wüest Franz

Meyer Jürg

Frey-Neuenschwander Heidi

Lichtsteiner-Achermann Inge

Bucher Peter

Suntharalingam Lathan